

Die belarussische Regierung verweigert Uta Zapf die Einreise

Liebe Mitbürger, liebe Mitbürgerinnen,

Am vergangenen Mittwoch beabsichtigte Uta Zapf, Bundestagsabgeordnete der SPD, den Prozessbeginn gegen den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Nikolai Statkevich in Minsk zu beobachten. Die Belarussische Regierung verweigerte aber die Einreise.

Nach den brutalen Unterdrückungsmassnahmen der belarussischen Regierung gegen die Opposition und die Präsidentschaftskandidaten der Wahlen im Dezember wäre es das Minimum, eine offene und ungehinderte Prozessbeobachtung zuzulassen. Die belarussische Regierung demonstriert damit, dass sie nicht bereit ist, auf den Weg des Dialoges zurückzukehren.

Wir fordern die Freilassung der politischen Gefangenen, die Einstellung der Verfahren gegen die oppositionellen Politiker und die Aufnahme einer echten Dialogpolitik mit der Zivilgesellschaft, wie sie im Rahmen der OSZE beabsichtigt ist.

Ihre

Handwritten signature of K. Luehmann in black ink.